



FÜR EINE
SOZIAL GERECHTE
GESELLSCHAFT

%attac
Graz

LINKEstmk

Demokratie geht anders!

<http://www.linkestmk.at/>
www.linkewoche.at/

<http://attac.at/graz>



TTIP
CETA
TISA



ein Angriff auf unsere Demokratie

- Schiedsgerichte
- Regulationsgremien
- „Living Agreements“

Instrumente gegen die Demokratie

Schiedsgerichtsverfahren

- In manchen internationalen Verträgen und Handelsabkommen sind Schiedsgerichtsverfahren schon vereinbart. Beispiel: **Vattenfall** klagt Deutschland auf **4,7 Milliarden €**, weil Deutschland die 2 ältesten Atomkraftwerke abgeschaltet hat. Vattenfall hätte noch gerne Gewinne mit den gefährlichen Atommeilern gemacht.

Regulatorische Kooperation

- Ein Gremium (Rat zur regulatorischen Kooperation) soll die Gleichschaltung von bestehenden Regelungen in den Ländern, die am Abkommen teilnehmen, vorantreiben.
- Dies würde bedeuten, dass Gesetze – erst ein Verfahren durchliefen, in dem Wirtschaftsvertreter über mögliche (negative) Konsequenzen auf den Handel beraten.
- Der wichtigste Teil des Gesetzgebungs-Prozesses findet in den oft nicht öffentlichen Verhandlungen statt.

Living Agreement

- Über das Living Agreement können **Teile des Handelsabkommen** die wegen des heftigen Gegenwindes nicht in den Vertragstext kommen (zB Gentechnik) **nachträglich im kleinen Kreis eingeführt** werden.

TTIP, CETA und TISA

sind ein

FRONTALANGRIFF der KONZERNE AUF UNSERE DEMOKRATIE

KEINE PRIVATEN SCHIEDSGERICHTE!

- Konzerne können durch die Investitionsschutzklausel (ISDS) über private Schiedsgerichte Staaten wegen erwarteter aber nicht erzielter Profite verklagen. Damit können die SteuerzahlerInnen zu milliardenstarken Zahlungen gezwungen werden.
- Es gibt bzgl. Direktinvestitionen sowohl in den USA als auch in der EU bereits hochentwickelte Rechtssysteme. Es gibt keine Notwendigkeit für geheime Schiedsgerichtsverfahren.
- Zahlreiche Umweltschutz- und Gesundheitsbestimmungen wurden bereits über Schiedsgerichtsverfahren angegriffen und die Staaten mussten auch hohe Strafzahlungen leisten. Aktuell sind ISDS Verfahren durch NAFTA (Handelsabkommen USA-Kanada-Mexiko) im Umfang von 12,4 Milliarden \$ im Laufen

DIE REGULATORISCHE KOOPERATION

- Mit TTIP & CO müssen EU-Gesetzesentwürfe vor ihrer endgültigen Abfassung VertreterInnen von Großunternehmen zur Einsicht vorgelegt werden. Ein Gremium (Rat zur regulatorischen Kooperation) soll die Gleichschaltung von bestehenden Regelungen in den Ländern, die am Abkommen teilnehmen, vorantreiben. Das Gremium soll auch geplante Regelungen von Staaten prüfen, ob diese keine Handelshemmnisse darstellen. In den durchgesickerten Verhandlungstexten ist festgehalten, dass **private AkteurInnen hinzugezogen** werden sollen – KonzernvertreterInnen.
- Dies würde bedeuten, dass Gesetze – beispielsweise im KonsumentInnen- oder Umweltschutz ein Verfahren durchlaufen, in dem WirtschaftsvertreterInnen zusammen mit Behörden aus den USA und der EU über mögliche (negative) Konsequenzen auf den Handel beraten. Strengere Regulierungsvorhaben im Sinne der BürgerInnen würden es dadurch in Zukunft sehr schwer haben eingeführt zu werden, da wirtschaftliche Interessen erfahrungsgemäß eher schwache Regelungen verfolgen.
- Der wichtigste Teil des Gesetzgebungs-Prozesses findet in den oft nicht öffentlichen Verhandlungen vor der Abstimmung im Parlament statt. Die LobbyistInnen der Konzerne hätten mit TTIP & Co frühzeitig Informationen und könnten extrem effizient die Gesetzgebung in einem sehr frühen Stadium beeinflussen.

LIVING AGREEMENT

- Es ist geplant TTIP & Co als Living Agreement (lebendiges Abkommen) zu vereinbaren, wodurch nachträglich Erweiterungen ohne zusätzliche Ratifizierungen möglich gemacht werden. Über das Living Agreement können Teile des Handelsabkommens, die wegen des heftigen Gegenwindes anfangs nicht in den Vertragstext kommen (z.B. Gentechnik), nachträglich im kleinen Kreis eingeführt werden.

TTIP & CO sind ein Freibrief für Deregulierungen, Angriff auf Arbeitsplätze und bedeutet das Ende der Demokratie.

- Weil der internationale Protest in den EU-Ländern immer stärker wird möchte die EU Handelskommissarin Cécilia Malmström das umstrittene Handelsabkommen unter „vorläufiger Anwendung in Kraft“ setzen. Es existiert im EU-Vertrag von Lissabon eine Klausel (188nVAEU), die sie dafür nutzen möchte.

HANDELSPOLITIK MUSS DEMOKRATISCH UND TRANSPARENT STATTFINDEN – IM DIENSTE DER MENSCHEN UND NICHT DER KONZERNE